

Fake News

in der Flüchtlingspolitik
– Dichtung und Wahrheit



Die Linke

Prolog

Achtung: Triggerwarnung! Wer meint, Geflüchtete erschleichen sich das Asylrecht durch Lügen, um dann in Deutschland Sozialhilfe zu kassieren, liegt total daneben. Doch Fremdenfeindlichkeit und festsitzende Vorurteile lassen sich mit Fakten nicht beseitigen. Wir wollen Menschen erreichen, die durch die negativen Schlagzeilen der letzten Zeit verunsichert sind und Fragen haben.

Unser Appell

Wir alle müssen uns fragen, in was für einem Land wir leben wollen. Was macht es mit uns als Gesellschaft, wenn wir uns immer mehr abschotten? Gefährdet das Infragestellen von Menschenrechten und europäischen Werten unsere Demokratie?

Unser Credo

Menschenrechte sind nicht verhandelbar!
Migration ist etwas Positives!
Gemeinsam schaffen wir das!



”

Wir können nicht allen helfen.

seits wollen längst nicht alle nach Deutschland oder Europa:

Weit über 100 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Dabei finden die größten Fluchtbewegungen innerhalb der Landesgrenzen oder in die unmittelbaren Nachbarländer statt. Im Iran und in Pakistan zum Beispiel leben die meisten geflohenen Afghan*innen, oft unter sehr unsicheren und prekären Bedingungen.

Bei uns sind dagegen 2023 insgesamt nur 306.000 Asylverfahren für neu Eingereiste gestellt worden. Auch der Familiennachzug ist eng begrenzt auf Ehepartner*innen und minderjährige Kinder und unterliegt (zu) hohen Anforderungen. Die Erteilung von Visa zieht sich oft über Jahre hin. 2023 wurden nur knapp 23.000 Visa erteilt.

Es wäre besser, wenn es keine Fluchtursachen gäbe. Aber die Realität ist eine andere und die lässt sich auch kurzfristig nicht beseitigen. Deshalb ist es unsere Pflicht, denen, die herkommen, ein faires Asylverfahren zu gewähren.

Nein, das tun wir auch nicht. Deutschland steht zwar weltweit an vierter Stelle bei der Aufnahme von Geflüchteten. Aber das ist angemessen für ein reiches Land wie Deutschland. Anderer-

Solche Deals wurden gerade mit den Transitländern Tunesien und Ägypten geschlossen. „Vorbild“ ist der EU-Türkei-Deal. Der ging so: Die Türkei hält Menschen von der Flucht nach Europa ab, Griechenland schickt einen Teil der Geflüchteten in die Türkei zurück. Die Türkei bekommt Geld, auch für Grenzpolizei. Die Folge: Geflüchtete sitzen in griechischen und türkischen Lagern fest und werden sogar nach Syrien abgeschoben.

Ein tödlicher Deal.

Ebenso falsch ist es, Asylverfahren in Dritt-

länder auszulagern wie beim britischen Ruanda-Deal. Das verstößt gegen das Refoulement-Verbot. Niemand darf ohne Asylverfahren aus der EU zurückgewiesen werden! Italien will das umgehen, indem es in Albanien EU-Recht anwendet. Unabhängig davon, ob das überhaupt rechtlich möglich ist, würde es zu neuen Haftlagern führen und Rechtsschutz faktisch aushebeln. Eine solche Entrechtung von Flüchtenden darf es nicht geben.

”

Wir brauchen Deals mit Drittländern, damit die Menschen nicht nach Europa kommen.

”

Wir müssen die Grenzen schließen, weil zu viele Menschen „illegal“ einreisen.

Vorab: „Illegal“ oder „irregulär“ sind in Bezug auf Migration mittlerweile zu Kampfbegriffen geworden und bedienen rechte Narrative – die besagen, dass diese bei uns Schutz suchenden Menschen hier nichts verloren hätten. Menschen verlassen aber nicht ohne Grund ihr Herkunftsland. Sie fliehen vor Krieg, Verfolgung oder weil der Klimawandel ihnen die Existenzgrundlage entzogen hat.



Für Schutz Suchende gibt es aber gar keine legalen Einreisewege.

Eine Ausnahme wurde für Menschen aus der Ukraine geschaffen. Und es zeigt sich hier, dass ein solches Vorgehen stark zur Akzeptanz beiträgt. Deshalb fordern wir sichere und legale Fluchtwege. Aufnahmeprogramme könnten zum Beispiel Teil einer Lösung sein. In der Praxis haben sie jedoch leider nur einen minimalen Umfang und werden darüber hinaus in der Umsetzung sabotiert, wie das Bundesaufnahmeprogramm für gefährdete Afghan*innen zeigt.

Überall in Europa gibt es bereits hoch gesicherte Grenzanlagen (zum Beispiel in Polen, Ungarn und Griechenland). Sie verhindern den Grenzübertritt aber nicht, sondern erschweren ihn. Aktuell führt Deutschland Grenzkontrollen u. a. an den Grenzen zu Österreich, Polen und Tschechien durch. Innenministerin Faeser verbucht es als Erfolg, dass auf diese Weise tausende Menschen von der Einreise abgehalten wurden. Auf die Zahlen der Asylanträge hat sich dies jedoch nur wenig ausgewirkt. Und es besteht die Gefahr, dass so Menschen zu Unrecht daran gehindert werden, ein Asylgesuch auszusprechen (so genannte Pushbacks).

Die Absicherung von Grenzen führt zu mehr Tod und Leid von Menschen auf der Flucht, wird aber Menschen, die Schutz vor Verfolgung, Elend und Tod suchen, nicht dauerhaft aufhalten. Vielmehr verharren die Menschen derzeit in den Grenzregionen und suchen nach neuen Übertrittsmöglichkeiten. **Durch Grenzkontrollen verlagern sich die Fluchtrouten und Schlepper verdienen noch mehr Geld.**

Und nochmal: Der Grenzübertritt mag zwar unerlaubt sein, er wird aber durch ein Asylgesuch legitimiert und die Anerkennung führt dann zu einem Bleiberecht.

”

Wir brauchen eine Obergrenze.

Diese Diskussion hatten wir bereits 2015/16. Damals haben sich Merkel und Seehofer auf einen so genannten „atmenden Deckel“ von 200.000 Menschen im Jahr geeinigt. Erst 2022 wurde diese

Zahl leicht überschritten. Und wir haben nach wie vor deutlich weniger Ankommende als 2015/16 mit damals rund 746.000 und 477.000 Asylanträgen. Dennoch wird eine Obergrenze erneut ins Spiel gebracht. Die CDU will sie auf 100.000 festlegen. Um es kurz zu machen: Eine solche Obergrenze wäre rechtswidrig, weil niemand abgewiesen werden darf, die oder der ein Asylgesuch äußert (Non-Refoulement)!

Dies widerspräche dem Grundgesetz, der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Europäischen Grundrechtecharta und sogar dem Folterverbot!

Auch wenn es Fantasien gibt, all diese Rechte abzuschaffen, gibt es dafür zum Glück keine Mehrheiten – weder in der Politik noch in der Bevölkerung. Denn diese Regelungen wurden im Angesicht der Schrecken der Naziherrschaft in Deutschland geschaffen. Kein Vergessen!

Dementsprechend sind auch Gedankenspiele zu festen Aufnahmekontingenten oder „physischer Gewalt“ an den Außengrenzen Europas schlicht indiskutabel. Kontingente in Form etwa von Aufnahmeprogrammen zur legalen Einreise sind gut und richtig, ersetzen aber das Recht auf Asyl nicht und können es auch nicht aus den Angeln heben.

Wer von „physischer Gewalt“ an den Grenzen spricht, ist nicht weit von einem Schießbefehl entfernt.

Schon jetzt gibt es etwa an den Außengrenzen von Kroatien, Griechenland, Ungarn, Bulgarien oder Polen kaum mehr verschleierte Gewalt und illegale Pushbacks. Die EU würde also nur noch mehr zu einem Unrechtsraum. **Wir wenden uns entschieden gegen eine solche Brutalisierung der Diskussion über Geflüchtete!**

Im Übrigen führt die zivile Seenotrettung auf dem Mittelmeer nicht dazu, dass sich noch mehr Geflüchtete auf den Weg nach Europa machen. Es ist wissenschaftlich belegt, dass dies keinen Pull-Faktor darstellt. Der Weg über das Mittelmeer bleibt gefährlich. Niemand nimmt ihn ohne Not auf sich. **Seenotrettung sorgt also nicht für mehr Geflüchtete, sondern für weniger Tote!**



”

Wir sind am Limit und können nicht noch mehr aufnehmen.

Ja, die Lage vor Ort in den Ländern und Kommunen ist angespannt. Dies liegt in erster Linie daran, dass wir seit 2022 über eine Million Menschen aus der Ukraine Schutz bieten. Das ist richtig und gut.

Es kommen auch mehr Menschen aus anderen Ländern. 2023 wurden rund 329.000 Asylersanträge gestellt (306.000 von neu Eingereisten und rund 23.000 für in Deutschland geborene Kinder). Das sind viel weniger als 2015/2016. Und dennoch werden nur diese Menschen zu „Sündenböcken“ gemacht. Ihre Migration soll begrenzt werden, nicht jedoch die der Ukrainer*innen. Das ist ungerecht: Wir dürfen verschiedene Gruppen von Geflüchteten nicht gegeneinander ausspielen.

Deutschland ist als reiches und sicheres Land in der Pflicht und Verantwortung, beides zu schaffen.

Und das geht! Eine Umfrage unter den Kommunen hat ergeben: Dort, wo nach 2016 Strukturen, Netzwerke, Runde Tische und Personalstellen in der Integrations- oder Flüchtlingssozialarbeit nicht abgebaut wurden, sind die Kommunen aktuell besser aufgestellt.

Es gibt rechtliche Vorgaben, die zur Überlastung einzelner Kommunen beitragen. Das ist der so genannte Königsteiner Schlüssel, nach dem Geflüchtete in Deutschland verteilt werden. Dies ist verbunden mit Wohnortverpflichtungen.

Hinzu kommt die Residenzpflicht in Erstaufnahmelagern während des Asylverfahrens. **Nur: Wer nicht an einen Ort oder an eine Unterkunft gebunden ist, hat es leichter, privat etwa bei Verwandten oder Freund*innen unterzukommen. Das entlastet die öffentlichen Unterkünfte.**

Darüber hinaus muss die Aufnahme und Integration schutzsuchender Menschen in den Kommunen finanziell endlich nachhaltig und ausreichend gefördert werden. Und schließlich gibt es in Teilen Deutschlands einen Bevölkerungsschwund. Würde die EU Anreize schaffen, indem sie Kommunen mit guten Integrationskonzepten fördert, wie die SPD-Politikerin Gesine Schwan es schon lange fordert, wäre das eine Chance für alle Beteiligten.



”

Wir müssen in großem Stil abschieben. Bundeskanzler Olaf Scholz

Vorab: Solche Aussagen bedienen das rechte Narrativ, dass viele Menschen sich hier zu Unrecht aufhalten. Und das nützt am Ende nur der AfD. Wir richten uns entschieden gegen eine solche Politik!

Eine Abschiebung ist ein unvorstellbar brutaler Vorgang, bei dem Menschen mit Polizeigewalt festgenommen, zum Teil inhaftiert und zwangsweise gegen ihren Willen in ein anderes Land gebracht werden. Darüber zu reden, wie es Bundeskanzler Olaf Scholz tut, ist unverantwortlich. Es verschärft nur die Stimmung gegenüber Geflüchteten und führt zu einer weiteren Brutalisierung der Abschiebungen.

Dazu kommt: Eine Entlastung der Kommunen bringen Abschiebungen nicht.

Erst einmal binden Abschiebungen Ressourcen, weil es sich um einen hoch komplexen Vorgang handelt. Und zum anderen wird ein Zerrbild darüber gezeichnet, wie viele Personen tatsächlich abgeschoben werden könnten.

Von den knapp 243.000 (194.000 Geduldete und knapp 49.000 ohne Duldung) formal ausreisepflichtigen Menschen (Stand 31.12.2023) kann ein erheblicher Anteil aus verschiedenen Gründen gar nicht abgeschoben werden: Gesundheitliche Gründe, familiäre Bindungen, Schwangerschaft, Ausbildung, Berufstätigkeit oder kurz bevorstehender Schulabschluss sind nur einige davon.

Das seit 31.12.22 geltende Chancenaufenthaltsrecht mit einem Potenzial von etwa 137.000 Personen, die die Stichtagsregelung erfüllen, hat überdies die Zahl der geduldeten Menschen auf nunmehr rund 194.000 deutlich reduziert. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Es ist also auch eine Frage der rechtlichen Rahmenbedingungen, ob jemand ausreisepflichtig ist oder nicht. **Bleibt ein „harter Kern“ von knapp 49.000 Menschen ohne Duldung bei insgesamt rund 3,3 Mio. in Deutschland lebenden Geflüchteten – das sind rund 1,5 Prozent.** Diese Zahlen zeigen, welch populistische Stimmungsmache hinter Gesetzesverschärfungen und scharfer Tonlage steckt.



”

Nur 1% der Ankommenden bekommen ein Asylrecht. Sahara Wagenknecht

Das ist eine perfide Behauptung des „Bündnis Sahara Wagenknecht“. Perfide deshalb, weil es eine grob irreführende Halbwahrheit ist. Richtig ist, dass nur ganz Wenige einen Asylstatus nach unserem Grundgesetz erhalten. Aber das ist eben nicht der einzige Schutzstatus. Ein weiterer wichtiger Baustein ist

die Genfer Flüchtlingskonvention. Und schließlich gibt es auch noch Abschiebeverbote.

Alles in allem lag die bereinigte Schutzquote 2023 bei knapp 70 Prozent.

Die bereinigte Schutzquote bezieht sich auf alle inhaltlichen Entscheidungen über Asylanträge. Vor allem Dublin-Entscheidungen, bei denen nur geprüft wird, ob ein anderes EU-Land zuständig ist, werden dabei nicht mitgezählt.

Und es ist keinesfalls so, dass man mit einer Lügengeschichte einen Schutzstatus nachgeworfen bekommt. Vielmehr sind die Hürden hoch. Das Bundesamt für Migration hinterfragt die Fluchtgeschichten und überprüft die angegebenen Identitäten sehr streng. Es darf keine Widersprüche geben, es werden Mobiltelefone überprüft und so viele Belege wie möglich gefordert.

Und es wird immer geschaut, ob es im Herkunftsland sichere Aufenthaltsorte gibt.



Oft sind die Entscheidungen so streng, dass sie gerichtlich überprüft werden müssen. Auch die Gerichte legen sehr strenge Maßstäbe an und trotzdem haben viele Verfahren (etwa 35-40 Prozent) Erfolg. Aus diesen Zahlen folgt: Wir müssen uns auf Aufnahme und Teilhabe konzentrieren und nicht auf Abschiebungen.

Fest steht: **Wer in unserem Rechtsstaat eine Aufenthaltserlaubnis erhält, hat ein Bleiberecht.** Und wer das infrage stellt, bewegt sich nicht auf dem Boden unserer Demokratie.

”

Es kommen die Falschen.

Was sind denn die Falschen? Hier müssen wir humanitäre Gründe und Fachkräfteeinwanderung klar voneinander trennen. Wer ein humanitäres Aufenthaltsrecht hat, muss keine Qualifikationen mitbringen.

Dennoch haben auch diese Menschen oft Qualifikationen oder erwerben sie in Deutschland. Oft führt eine gute Integration zu einem Bleiberecht, obwohl ein Schutzstatus abgelehnt wurde. Davon profitieren Menschen, die aufgrund mangelnder Arbeitsperspektiven ihr Herkunftsland verlassen haben.

Das ist dann eine Win-Win-Situation. Dieser so genannte Spurwechsel wurde in den vergangenen Jahren erweitert. Das ist gut und richtig.

Denn warum sollte jemand abgeschoben werden, die oder der hier eine Ausbildung macht oder in einem qualifizierten Job arbeitet?

Leider passiert es noch immer viel zu oft, dass solche Leute abgeschoben werden. Wir brauchen daher einen großzügigeren Spurwechsel.

Wer als beruflich qualifizierte Person auswandern will, überlegt sich aktuell gut, ob Deutschland das Zielland sein soll. Denn Deutschland ist gar nicht so attraktiv, wie immer angenommen wird. Die Hürden für eine Erwerbsmigration sind immer noch viel zu hoch. Die Verfahren sind sowohl für Einwanderungswillige wie für Betriebe unnötig kompliziert. Und: Das Klima gegenüber Migrant*innen in Deutschland ist schlecht. Unser Land steht gerade an einem Kippunkt. Wir brauchen eine starke Stimme für Vielfalt und Toleranz. Und Zuwanderung wird auch aus ökonomischer Sicht gebraucht.

Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), hat berechnet, **dass wir bis 2035 jährlich die Zuwanderung von 500.000 Beschäftigten brauchen, um die Lücke zu füllen.** Mitreisende Familienmitglieder eingeschlossen sind

dies etwa eine Million Menschen pro Jahr.



”

Die nehmen uns die Wohnungen weg.

Vielfach ist zu hören, dass Migrant*innen bei der Wohnungsvergabe bevorzugt würden und für Deutsche die Wohnungssuche dadurch noch schwerer sei. Auch hier gilt: Eine solche Spaltung im Sinne von „Wir“ und „Die“ geht gar nicht. Außerdem trägt dieses „Gefühl“: Kaum irgendwo gibt es so viel Diskriminierung gegenüber Migrant*innen wie auf dem Wohnungsmarkt.

Da genügt schon der Name oder die Hautfarbe, um von der Liste der Bewerber*innen gestrichen zu werden.

Lediglich bei öffentlichen Wohnungsunternehmen oder bei Genossenschaften besteht für sie eine Chance, aber keinesfalls eine Bevorzugung.

Viele Geflüchtete aus den Jahren 2015/16, die längst berechtigt wären, Wohnungen anzumieten, leben immer noch in öffentlichen Unterküfnen, weil sie keine Wohnungen finden – was übrigens auch zur Belastung des öffentlichen Aufnahmesystems beiträgt. Erschwerend kommen Wohnsitzauflagen hinzu. Es ist verboten, etwa ins Umland von Hamburg zu ziehen. Fakt ist, dass wir insbesondere in Metropolregionen wie Hamburg eine Wohnungsnot haben. Auch hier

gilt, dass nicht Migrant*innen schuld sind, sondern **langjährige Versäumnisse bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum**. Hier wird nach wie vor viel zu wenig getan.

”

Unser Bildungssystem wird durch die Migration schlechter.

Natürlich merken wir auch in Kindertagesstätten und Schulen, dass mehr Kinder mit sprachlichem Förderbedarf da sind. Das ist eine große Herausforderung und es kostet Geld. Aber unverantwortlich ist eine Ausgrenzung wie: „Unsere“ Kinder bekommen eine schlechtere Bildung, weil die anderen Kinder so viel Förderbedarf haben. **Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht und gilt für alle.**

Viele Probleme, die wir aktuell erleben, sind nicht erst mit den Schutzsuchenden entstanden, sondern liegen an langjährigen Defiziten Deutschlands bei den Investitionen in Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Wir brauchen also eine vorausschauende Sozial- und Bildungspolitik – und nicht platte Polemik gegen die Kinder geflüchteter Menschen.



”

Die kommen wegen unserer Sozialleistungen.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass unsere Asylbewerberleistungen kein Pull-Faktor sind. Die liegen übrigens noch niedriger – und nicht etwa höher, wie vielfach behauptet – als das Bürgergeld.

Die Menschen fliehen vor Krisen, Krieg oder Verfolgung und kommen im Wesentlichen zu uns, weil es hier Jobs gibt und weil sie in Sicherheit und in einer Demokratie leben können. Freunde und Familie als Anknüpfungspunkte spielen auch eine Rolle. **Signifikante Zahlungen an Freunde und Familie in den Herkunftsländern werden von Sozialleistungen nicht getätigt.** Dies geschieht erst, wenn die Menschen in Jobs sind – und dann leisten sie damit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag an humanitärer Hilfe in den Herkunftsländern.

Das zeigt, dass die Diskussion um die Bezahlkarte, mit der kontrolliert und beschränkt wird, was Geflüchtete mit dem wenigen Geld, das sie erhalten (Stand 2024: maximal 204 Euro im Monat bei Unterkunft und Verpflegung), machen dürfen, populistisch ist.

Einfluss auf die Zahl der Geflüchteten wird dies nicht haben. Und dass Schulden bei Schleusern entstehen, liegt am Fehlen sicherer und legaler Fluchtwege und hat mit unseren Sozialleistungen eben auch nichts zu tun.

Und wer meint, Geflüchtete hätten viel Geld, weil sie ein Smartphone besitzen, verkennt, dass das in aller Regel der einzige Weg ist, das Internet zu nutzen und Kontakt zu Verwandten im Herkunftsland zu halten.



”

Die kommen hierher, um sich die Zähne machen zu lassen und nehmen uns die Arzttermine weg. Friedrich Merz

Solche Behauptungen von Merz & Co. sind schlicht populistischer Schwachsinn. Wer nach Deutschland kommt, erhält zunächst Asylbewerberleistungen und ist für bislang 18 Monate, nunmehr 36 Monate vom normalen Krankenversicherungssystem ausgeschlossen. **In dieser Zeit werden nur akute Erkrankungen und Schmerzzustände behandelt.** Zahnbehandlungen gibt es nur, wenn dies ausnahmsweise aus medizinischen Gründen un-aufschiebbar ist.



Aber denken wir uns doch mal all die Geflüchteten weg, die inzwischen in Gesundheits- und Pflegeberufen bei uns arbeiten.

Unser Versorgungssystem würde zusammenbrechen!

Und das betrifft übrigens nicht nur das Gesundheitswesen. Dass Geflüchtete Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, behauptet deshalb auch kaum noch jemand. Selbst im Niedriglohnsektor sind es oft Geflüchtete, die die härtesten Jobs übernehmen, die sonst niemand mehr machen will.

”

Die wollen gar nicht arbeiten und legen sich in die soziale Hängematte.

Geflüchtete unterscheiden sich in ihrer Zusammensetzung nicht von in Deutschland geborenen Menschen. Fleiß, Intelligenz, Gesundheit, soziale Herkunft etc. sind hier wie dort unterschiedlich ausgeprägt. Die Erfahrung zeigt, dass nur sehr wenige wirklich nicht arbeiten

wollen. Geflüchtete sind jedoch sehr viel mehr traumatischen Erlebnissen ausgesetzt als in Deutschland lebende Menschen. Deutschland unternimmt viel zu wenige Anstrengungen, solche fluchtbedingten Traumata zu erkennen und zu behandeln. Und die können auch zur Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit führen.

Unabhängig davon gibt es nach wie vor jede Menge Regeln, die Geflüchtete von der Arbeit abhalten.

Im ersten halben Jahr nach der Ankunft besteht im Regelfall ein Arbeitsverbot.

Die Hürden für die Anerkennung von Bildungsabschlüssen sind nach wie vor hoch und führen in Niedriglohn-Jobs.

Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten wie etwa Ghana dürfen ohne Aufenthaltserlaubnis gar nicht

arbeiten. **Duldungen über kurze Zeiträume halten Arbeitgeber*innen davon ab, Geflüchtete einzustellen.** Die Ausländerbehörden arbeiten so langsam, dass Jobs wieder verloren gehen. Und das führt dann zwangsläufig in den unfreiwilligen Sozialleistungsbezug. Angesichts dieser absurden Regeln entlarvt sich auch jede Diskussion über einen Zwang zu gemeinnütziger Arbeit als populistische Stimmungsmache.





Geflüchtete sind überproportional oft kriminell.

Fakt ist jedoch, dass es keine Frage der Herkunft ist, ob jemand straffällig wird oder nicht. Entscheidend sind eher soziale Faktoren. So führt etwa der hohe Anteil junger Männer unter den Geflüchteten zu einem entsprechend höheren Anteil an jugendspezifischer Kriminalität. Wir dürfen deshalb aber ihr Recht auf Asyl nicht beschneiden. Die Hürden für sie sind schon jetzt besonders hoch.

Die so genannte „Clan-Kriminalität“ ist eines der am hartnäckigsten verbreiteten Vorurteile.

Bereits die Begriffe „Clan“ und „Clankriminalität“ sind unscharf. Es gibt zwar arabische und türkische Großfamilien, straffällig sind aber allenfalls einzelne Familienmitglieder.

Kriminalität wird oft gegen Geflüchtete ins Feld geführt – sexuelle Übergriffe, Silvester-Krawalle, „Clan-Kriminalität“ etc. Fragwürdige Kriminalitätsstatistiken dienen als „Belege“.

Dabei handelt es sich nicht immer um schwere Straftaten. Angehörige solcher Familien erhalten jedoch oft eine überproportionale öffentliche Aufmerksamkeit.

Auch die Einschätzung von sexuellen Übergriffen und den Silvester-Krawallen ist höchst komplex. **In den Statistiken erscheinen die Zahlen der Tatverdächtigen, nicht der Verurteilten.** Gerade bei Sexualdelikten gibt es ein hohes Dunkelfeld. Bei den Verfahren gegen Migrant*innen handelt es sich dagegen verstärkt um öffentliche Vorgänge. Sie sind deshalb im Hellfeld überproportional vertreten. Eine differenzierte Einschätzung ist hier nachzulesen: <https://mediendienst-integration.de/desintegration/kriminalitaet.html>

Wir brauchen als Gesellschaft Antworten, wie Weiterbildung und Integration gelingen können. Fakt ist jedoch, dass Rechte ein Zerrbild von kriminellen Geflüchteten zeichnen. Das Ziel: Ängste schüren und die Stimmung gegen Geflüchtete aufheizen. Diese „Argumente“ sind leider auch in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Es besteht daher die Gefahr, dass Migrant*innen zu Unrecht allein wegen ihrer „Fremdheit“ angezeigt werden.

Und nicht zu vergessen: Sie sind häufig Opfer rassistischer Übergriffe.



Mehr denn je müssen Behauptungen in der Flüchtlingspolitik kritisch überprüft werden. Vorurteile und falsche Antworten sind weit verbreitet.

Unser Tipp: Der beste Realitätscheck ist der persönliche Kontakt zu Geflüchteten. So lässt sich viel lernen über die Motive, über die Flucht und die Ankunft bei uns, ihre permanenten Auseinandersetzungen mit einer wild wuchernden Bürokratie, über ihre Wünsche, Träume, Pläne und Talente. Und so lässt sich am einfachsten das ebenso Bahnbrechende wie Naheliegende feststellen:

Wir sind alle Menschen.



Die Linke